



Vor einer ungewissen Zukunft steht die JobCenter ARGE, die Dortmunder Arbeitslose betreut, da die CDU einer notwendigen Reform Steine in den Weg legt. Foto: Schmitz

Sorge um Zukunft der ARGE

Rückfall in alte Zeiten droht: SPD kämpft für Service für Arbeitslose

Unsicher ist die Zukunft der JobCenter ARGE, welche Langzeitarbeitslose betreut. Denn das Bundesverfassungsgericht hat die Arbeitsgemeinschaft als Mischverwaltung der Kommunen und Arbeitsagentur für verfassungswidrig erklärt.

Und das, nachdem nach anfänglichen Startproblemen die ARGE gut funktioniert. Bundesregierung und Bundestag sind deshalb aufgefordert, bis Ende 2010 eine neue rechtssichere Konstruktion der JobCenter in ganz Deutschland zu finden. Dazu hatte Bundesminister Olaf Scholz (SPD) eine Grundgesetzänderung und ein Organisationsgesetz vorgeschlagen.

Die JobCenter sollten zukünftig in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts geführt werden. Damit wäre sichergestellt, dass sie in der bisherigen Form weiterarbeiten können. Die Kundinnen und Kunden der JobCenter hätten auch zukünftig unbürokratisch Leistungen nach dem SGB II bekommen. Die Mitarbeiter wären

als kommunale Beschäftigte in den JobCentern ebenfalls abgesichert. Doch diesen Plänen hat die CDU-Bundestagsfraktion eine Absage erteilt. Sie will keine Grundgesetzänderung und kein Organisationsgesetz.

Deshalb droht jetzt ein Rückfall in alte Zeiten, als hilfesuchende Menschen mehrere Stellen aufsuchen mussten, um Leistungen zu beantragen und



Vermittlungsangebote zu nutzen. Die CDU lässt die Reform der JobCenter scheitern, weil sie Machtspielen auf Kosten der Arbeitslosen Menschen und der Beschäftigten der JobCenter betreiben will. Sie bringt eine hochwertige Dienstleistung aus einer Hand in Gefahr. So rückt die Reform der JobCenter in weite Ferne und dürfte vor der Bundestagswahl im September fast unmöglich sein.

„Die JobCenter ARGE Dortmund steht vor einer ganz un-

gewissen Zukunft“, kritisiert Michael Taranczewski, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied im Trägerschuss der JobCenter ARGE, die Haltung der CDU-Bundestagsfraktion. „Einen großen Anteil am bisherigen Erfolg der JobCenter ARGE Dortmund kommt den kommunalen Beschäftigten zu, die ihr bewährtes Wissen aus der alten Sozialverwaltung dort einbringen und sich auf eine Personalzuweisung in diese neue Verwaltungsform eingelassen haben. Nicht auszudenken, wenn sich diese Mitarbeiter wegen der unsicheren Lage der JobCenter jetzt beruflich neu orientieren. Die Verantwortlichen für diesen Vertrauensverlust bei den Beschäftigten sind bei der CDU zu suchen.“

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt fragt sich, wie sich wohl der Dortmunder CDU-Bundestagsabgeordnete Erich Fritz bei der Abstimmung in dieser Frage in der CDU-Bundestagsfraktion verhalten hat. Wenn er seiner Fraktion gefolgt sein sollte, hat er den Arbeitslosen in Dortmund einen großen Schaden zugefügt.

Weg frei für neue Rettungswachen

CDU verweigert Zustimmung für neue Rettungsfahrzeuge und Wachen

Was lange währt, wird endlich gut! Das gilt wohl erst recht für den neuen Rettungsdienstbedarfsplan der Stadt, der vom Rat mit den Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen wurde.

Damit ist endlich der Weg frei für zwei neue Rettungswachen im Dortmund Westen, neue Rettungsfahrzeuge und -technik. Seit Wochen hatte die SPD-Fraktion im Rat um Mehrheiten für den neuen Rettungsdienstbedarfsplan geworben. Eigentlich sollten die Neueregulungen bereits in der Ratssitzung im Dezember beschlossen werden. Die CDU-Fraktion hatte jedoch die Verwaltungsvorlage immer wieder in Frage gestellt. Zugleich wollte die CDU-Fraktion den Rettungsdienst privatisieren und das Arbeitsfeld der Hilfsorganisationen beschneiden. Bislang unterhält die Stadt zusammen mit den vier Hilfsorganisationen 17 Rettungsfahrzeuge, 11 Krankentransportwagen und fünf Notarztwagen an 15 Wachenstandorten. Damit war im Prinzip sichergestellt, dass in 90 Prozent der Fälle in 8 Minuten ein Einsatzfahrzeug vor Ort war.

Durch den Neubau der zwei Rettungswachen kommt die



Zwei neue Rettungswachen, neue Rettungsfahrzeuge und Rettungstechnik sichern die Notfallversorgung der Dortmunder Bürger. Foto: Stefan Quinting

Stadt diesem Ziel ein gutes Stück näher. Versorgungslücken werden geschlossen und der Rettungswagen eines privaten Anbieters überflüssig. Damit kann der Rettungsdienst sogar um 320000 Euro für das 18. Rettungsfahrzeug entlastet werden.

Die CDU-Fraktion wollte trotzdem an den Rettungsdienstleistungen des privaten Anbieters zu Lasten der Hilfsorganisationen festhalten. Ein klarer Schlag ins Gesicht der über 800 Mitarbeiter der Hilfsorganisationen! Damit wollte die CDU-Fraktion auch den Rettungsdienst unter das Motto „Privat vor Staat“ stellen. Die SPD-Fraktion setzt weiter auf die hervorragende Kooperation der Feuerwehr mit den Hilfsorganisationen. Gerade der Einsatz der

ehrenamtliche Kräfte, die gut ausgebildet und uneigennützig anpacken, ist unverzichtbar.

Feuerwehr und Hilfsorganisationen bilden auch im Katastrophenschutz ein integriertes Hilfesystem, in dem man schon jahrelang „Hand in Hand“ arbeitet. Die SPD-Fraktion hat damit unter Beweis gestellt: Ihr sind Ehrenamt und öffentliche Sicherheit sehr wichtig!

Zitat des Monats

„Wir glauben an Dortmund.“

(Peter Melerski, Regionalvorstand der Unternehmensberatungsfirma Ernst & Young)

Dortmund vergibt zusätzliche Bauaufträge für 78 Mio. Euro

Konjunkturpaket soll heimische Unternehmen stärken und Arbeitsplätze retten

Das Konjunkturpaket II, mit dem die Stadt Dortmund 78 Mio. Euro für zusätzliche Bau- und Sanierungsmaßnahmen erhält, kann jetzt umgesetzt werden. Der Rat hat grünes Licht für die vorläufige Maßnahmenliste gegeben.

Friedhelm Sohn, der für die SPD-Fraktion im Rat Stellung genommen hat, freut sich besonders über ein eher seltenes Ereignis: Bei der Umsetzung des Konjunkturpakets II konnte Einvernehmen über alle Parteigrenzen hinweg erzielt werden.

Noch wenige Tage zuvor hatten sich die freien Träger und Verbände wie Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk, Caritas, die Kirchen und freie Initiativen zu Wort gemeldet und Geld aus dem Programm zur Sanierung ihrer Einrichtungen für sich reklamiert.

„Und damit hatten sie völlig Recht“, so Friedhelm Sohn in der entscheidenden Ratssitzung. „Die freien Träger übernehmen seit Jahrzehnten wichtige soziale Aufgaben in unserer Stadt. Deshalb müssen sie gleichberechtigt mit den städtischen Einrichtungen behandelt werden.“

Die Verwaltung hatte zuvor zahlreiche städtische Maßnahmen und Projekte aufgelistet, nach verschiedenen Kriterien bewertet und auf schnelle Umsetzung hin untersucht, um unverzüglich mit der Auftragsvergabe beginnen zu können. Immerhin soll die Hälfte der Maßnahmen bereits in diesem



Hier baut die Stadt: Diese Schilder sind in Dortmund demnächst noch öfter zu sehen.

Jahr umgesetzt sein. Doch der SPD-Fraktion lag viel daran, die Anträge freier Träger angemessen zu berücksichtigen.

Auch sollten die zwölf Bezirksvertretungen Gelegenheit zur Bewertung und Nachsteuerung haben. In einem beispiellosen Kraftakt mit zahlreichen Sondersitzungen konnte erreicht

werden, dass dem Rat alle noch ausstehenden Anträge vorlagen und beschlossen werden konnten.

Allerdings kletterte so die Summe der Maßnahmenwünsche auf 160 Mio. Euro, und ist damit mehr als doppelt so hoch, wie die zur Verfügung stehenden Mittel. Aus dieser Maßnahmen-

liste wird beim Vorliegen der exakten Ausführungsbestimmungen die endgültige Auswahl der Projekte getroffen.

„Es werden dann zwar einzelne Wünsche nicht berücksichtigt werden können“, erläutert Friedhelm Sohn, „aber das Auswahlverfahren wird transparent und für die Antragsteller nachvollziehbar.“

Die endgültige Beschlussfassung über die Projektliste soll deshalb in der Juni-Ratssitzung erfolgen, denn bis dahin dürften alle Unklarheiten beseitigt sein.

Was passiert nun mit den Maßnahmen, die nicht aus dem Konjunkturpaket finanziert werden können? Landen diese auf der „langen Bank“? „Nein“, versichert Schulausschussvorsitzender Hermann Diekneite, der besonders auf die vielen Schulbauprojekte achtet: „Maßnahmen, die jetzt nicht realisiert werden können, werden sich in den regulären Investitionsprogrammen der Haushaltsjahre 2010 und 2011 wiederfinden. Außerdem werden wir die Prioritätenlisten ergänzen.“

Für die SPD-Fraktion steht fest, dass das Konjunkturpaket II eine zusätzliche riesige Chance zur Verbesserung und Erneuerung unserer Bildungseinrichtungen und der Infrastruktur bietet.

Das wird allen Dortmunderinnen und Dortmunder zu Gute kommen. Auch besteht die Chance, dass mit dem Konjunkturprogramm heimische Unternehmen gestützt und bedrohte Arbeitsplätze längerfristig gesichert werden können.

Trotz Mensa viele Schüler nicht versorgt

SPD-Fraktion in Hörde fordert Hilfen für Kinder, die sich das Schulesse nicht leisten können

Die Hauptschule Hörde an der Stettiner Straße ist jetzt eine „Offene-Ganztags-Schule“ (OGS) und hat eine nagelneue Mensa.

Im Februar fand die feierliche Übergabe mit neuen und Fachräumen im Beisein von Oberbürgermeister Dr. Langemeyer, Bezirksbürgermeister Manfred Renno, Stadtdirektor Ullrich Sierau und vielen Vertretern aus Politik und Gesellschaft statt.

Ein schöner Tag für Schüler und Lehrer. Doch viele Gäste haben die Ausführungen der stellv. Schulleiterin Johanna Schlumbom sehr nachdenklich gestimmt.

Dickes Lob

Aber zunächst noch ein „dickes“ Lob an Schüler und Lehrer, die eine ausgezeichnete Eröffnungsfeier arrangiert hatten. Großes Lob auch der Schulband und den Sängerinnen, die mit Rock-, Pop- und Soulhits das



Die Hauptschule Hörde hat als Offene Ganztagschule jetzt eine neue Mensa. Doch nur jedes Fünfte Kind isst hier.

Publikum begeisterten.

2,2 Mio. Euro kostete der Umbau der Hauptschule. Den Löwenanteil zahlte das Land, 10 Prozent die Stadt. Dafür sind moderne, gut ausgestattete neue Fachräume entstanden. Auch die Kosten für die Mensa sind darin enthalten. Soweit, so gut. Als aber Johanna Schlumbom berichtete, dass die neue Mensa nur von 20 Prozent der Schüler genutzt wird, ging ein Raunen durch den Saal. Der Grund ist

nicht die Qualität des Essens. Nein, viele Schüler können sich kein warmes Essen leisten!

Und auch das ist Fakt: Viele Schüler sind zwischen 8 und 16 Uhr ohne Nahrung! Da braucht man kein Ernährungswissenschaftler sein, um sich die Folgen auszumalen: Konzentrationsmängel und Lerneinschränkung sind an der Tagesordnung. Übrigens – das Problem besteht bereits in Grundschulen. Und auch dort versorgen Lehrer die die

Kinder mit einer Fünf-Minuten-Suppe, damit sie einmal am Tag etwas Warmes essen.

Das kann nicht so weitergehen, denn diese Beispiele sind keine Einzelfälle. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf. Kinder dürfen nicht mittags ohne Mahlzeit bleiben. Unabhängig von familiären Ursachen muss eine kindgerechte Versorgung notfalls durch den Staat, die Gesellschaft – uns alle – garantiert werden.

Wer die Offene Ganztagschule will, muss auch die Voraussetzungen schaffen, dass alle Kinder am Mittagessen teilnehmen können.

Direkte Hilfe

Für die SPD-Fraktion in Hörde ist klar: Anders als bisher müssen die notwendigen Mittel den Schulen direkt zukommen. Nur dann wird sichergestellt, dass sie dort ankommen, wo sie gebraucht werden – bei den Kindern!

Sie nutzen das Internet? Sie haben E-Mail? Dann besuchen Sie uns unter www.spd-fraktion-dortmund.de und abonnieren Sie dort unseren aktuellen Newsletter!

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt DO
Dr. Andreas Paust
Fraktionsgeschäftsführer
Friedensplatz 1
44135 Dortmund
Tel: 0231 / 574513 Fax: 579147
Email: fraktion@spd-fraktion-dortmund.de